

Die Welt rüstet auf, Deutschland rüstet mit

Abrüstungsbericht der Bundesregierung zeichnet düsteres Bild – Wehrbeauftragter zieht Jahresbilanz

Die Bundesregierung präsentierte am Donnerstag ihren Abrüstungsbericht, der eigentlich ein Aufrüstungsbericht ist. Ebenso unerfreulich fiel Jahresbilanz des Wehrbeauftragten aus.

Von Fabian Lambeck

»Wir müssen noch viel mehr werden«, rief Sahra Wagenknecht, die Fraktionschefin der LINKEN im Bundestag, den Demonstranten zu, die am Mittwochabend am Brandenburger Tor gegen die Angriffe der USA, Frankreichs und Großbritanniens auf Syrien protestierten. Dabei gehören die Demonstranten zu einer, wenn auch schweigenden, Mehrheit. Jüngste Umfragen des ZDF-Politbarometers belegen, dass fast 60 Prozent der Bundesbürger ein militärisches Eingreifen westlicher Staaten in den Syrienkrieg ablehnen. Selbst die Kanzlerin, die ein gutes Gespür für gesellschaftliche Stimmungen hat, schloss ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr aus. Auch wenn deutsche Aufklärungs-Tornados in der Region stationiert sind und dort fleißig Daten sammeln.

Syrien ist derzeit nur ein Krisenherd von vielen. Das zeigte sich auch am Donnerstag im Bundestag, wo die Regierung ihren »Abrüstungsbericht 2017« vorstellte. Außenminister Heiko Maas (SPD) betonte, dass die »Zeichen in vielen Teilen der Welt auf Aufrüstung« stünden und gleichzeitig die »Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur« erodiere. »Kam eines der Abrüstungsregime funktioniert noch im vollen Umfang.« Die von den USA ins Spiel gebrachte Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran bezeichnete Maas als »alles andere als hilfreich«. Die Bundesregierung setzte sich »sehr intensiv« dafür ein, das Abkommen zu erhalten. Maas kritisierte zudem, dass Russland den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) »einseitig suspendiert« habe.

Der LINKEN-Abgeordnete Gregor Gysi räumte ein, dass Moskau den KSE-Vertrag tatsächlich suspendiert habe, allerdings hätten sämtliche NATO-Staaten dessen Ratifizierung zuvor abgelehnt. »Der Westen hat so sehr gegen Russland gesiegt, dass er meint, das Völkerrecht nicht mehr zu benötigen«, so Gysi. Verschiedene Bundesregierungen hätten geglaubt, russische Kooperationsangebote ignorieren zu können und den »Konfrontationskurs der USA ohne Sinn und Verstand mittragen« zu müssen. Nun sei dort Präsident Donald Trump



Die Verteidigungsministerin in vollem Ornat

Foto: dpa/Thomas Peter

an der Macht, der wolle, dass Deutschland seine Rüstungsausgaben massiv erhöht. »Sofort riefen Frau Merkel und Frau von der Leyen: Wir machen das. Man darf zu Herrn Trump aber auch Nein sagen«, betonte Gysi.

Die Grüne Katja Keul nahm sich den neuen Bundesaußenminister zur Brust, der davor gewarnt hätte, »einseitig Deals mit der russischen Seite« abzuschließen. »Mit wem sonst wollen Sie Abrüstungsverträge denn

schließen als mit Russland? Mit sich selbst?«, fragte Keul in die Runde.

Der Abrüstungsbericht selbst zeichnet ein düsteres Bild der Lage und geht nicht weiter ein auf Deutschlands unrühmliche Rolle als viertgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Schuld sind immer die anderen. »In Europa bröckelt der Konsens über die bestehenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitischen Verträge«, so die Autoren. Auch »Ernungenschaften auf dem Gebiet der

nuklearen Abrüstung« seien in Gefahr: So der für die europäische Sicherheit so wichtige »Intermediate Range Nuclear Forces Treaty (INF)«, der Russland und die USA verpflichtet, auf landgestützte Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen zu verzichten. Westliche Staaten werfen Russland vor, die vertraglichen Bestimmungen zu unterlaufen. Ein Antrag der LINKEN für den Erhalt des INF-Vertrages fand im Plenum keine Mehrheit. Ebenso erging es dem An-

trag der Grünen, der die Bundesregierung dazu aufforderte, dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beizutreten. Aus Rücksicht auf ihre atomar bewaffneten Verbündeten hatte Deutschland sich 2017 dem UN-Vertrag verweigert.

Am Nachmittag stellte dann der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD), seinen Jahresbericht vor. Für die Bundeswehr war 2017 ein Katastrophenjahr. Zahlreiche Skandale um rechtsradikale Soldaten, Übergriffe bei der Ausbildung und Mobbing erschütterten die Truppe. Bartels wandte

»Der Westen hat so sehr gegen Russland gesiegt, dass er meint, das Völkerrecht nicht mehr zu benötigen.«

Gregor Gysi (LINKE) in der Bundestagsdebatte zum Abrüstungsbericht

sich gegen Vorwürfe, die Ermittlungen im Fall des rechtsradikalen Soldaten Franco A. seien überzogen gewesen. »Bei Terrorverdacht kann man nicht vorsichtig genug sein«, so Bartels. Jetzt wisse man, dass es wirklich keine Terrorzelle bei der Bundeswehr gab. Die Zahl der auf dem Dienstweg gemeldeten »Meldepflichtigen Ereignisse« sei erheblich angestiegen, so der Bericht. Dabei ging es um rechtsextremistische Verdachtsfälle ebenso wie um unangemessenes Führungsverhalten und sexuelle Belästigung.

Bartels beklagte zudem die »Mangelwirtschaft« bei der Ausrüstung. Im Bericht heißt es dazu: »Laufende Rüstungsprojekte litten unter schleppender Auslieferung, eingeführtes Gerät war zu oft nicht einsatzbereit, Ersatzteile fehlten überall.« Die eklatanten Mängel betreffen alle Waffengattungen. Zwar seien die Defizite erkannt und könnten Probleme »auf allen Ebenen offen angesprochen werden«, aber »von einer wirklichen Umkehr des Trends kann noch lange nicht gesprochen werden«, konstatiert der Bericht.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) behauptete, ihr Ministerium sei »schneller und besser geworden«. Zudem hätte sich unter ihrer Ägide »das Volumen der Beschaffungsaufträge vervinfacht«. Die von Trump geforderte Aufrüstung läuft auf vollen Touren.

Er verteidigte die Kooperation mit diktatorischen Staaten wie Syrien: »Manchmal muss man mit dem Teufel Kirschen essen!« An solche Positionen und an die enge Kumpanei des BND mit den syrischen Diensten wollen die Zeugen derzeit vermutlich eher nicht erinnert werden.

Zammar wurde 2007 von einem syrischen Gericht zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Das Urteil gründete sich nur auf seine Mitgliedschaft bei der verbotenen Muslimbruderschaft. 2014 soll er freigekommen sein und sich dann angeblich – was nicht verwundern kann – der IS-Terrormiliz angeschlossen haben. Ob das stimmt, kann nun die YPG bei rechtsstaatlichen (?) Vernehmungen herausfinden. Dass der Gefangene dabei konsularische Betreuung durch das Auswärtige Amt bekommt, ist eher unwahrscheinlich. Ob sich die Bundesanwaltschaft kümmert? Sie müsste es. Immerhin hat sie 2001 ein Verfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Der Vorwurf ist nicht verjährt.

Deutsche Geheimdienstmitarbeiter hatten Zammar trotz Folderspuren im Gefängnis vernommen.

Herbst 2001 über die Entführungspraxis der USA informiert worden.

Die Widersprüche sind nie aufgeklärt worden, und ob das Auswärtige Amt sich wirklich um eine Freilassung Zammars aus »humanitären Gründen« bemüht hat, ist nicht sicher. In Sachen Zammar war auch der damalige Kanzleramtschef Thomas de Maizière (CDU) vom Untersu-

AfD-Mann beschäftigt Verdächtigen

Mutmaßlicher Komplize im Fall Franco A. Mitarbeiter bei Abgeordnetem

Berlin. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Jan Nolte hat einen Soldaten als Mitarbeiter eingestellt, der im Zuge der Ermittlungen gegen den rechtsextremen Oberleutnant Franco A. unter Verdacht geraten war. Nolte bestätigte eine entsprechende Recherche von »Zeit Online« auf seiner Facebook-Seite. Er erklärte, der Mitarbeiter sei Oberleutnant der Jägertruppe und Mitglied der AfD. Der im Raum stehenden Vorwurf, er habe mit dem »falschen Syrer« Franco A. kollaboriert, sei falsch. Franco A. hatte sich als syrischer Flüchtling ausgegeben. Er wurde im April 2017 in Untersuchungshaft genommen. Ende November kam er wieder auf freien Fuß, weil es an dringendem Tatverdacht mangelt. Er bleibt trotzdem tatverdächtig: Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe erhob im Dezember Anklage wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

Auch gegen den jetzt bei der AfD Beschäftigten ermittelt die Bundesanwaltschaft weiter. Er wird verdächtigt, gemeinsam mit Franco A. eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereitet zu haben. Der Mann bestreitet diesen Vorwurf.

Der Grünen-Außenpolitiker Omid Nouripour sagte der »HuffPost«: »Die AfD macht auf Recht und Ordnung, hat aber eine große Nähe zu mutmaßlichen Terroristen.« Da ihre Abgeordneten Zugang zu vertraulichen Dokumenten hätten, sei die AfD »eine Gefahr für unsere nationale Sicherheit«. dpa/nd

Bewährung für Betreiber von Thiazi-Forum

Verurteilung wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung

Rostock. Im Prozess um die abgeschaltete rechtsextreme Internetplattform Thiazi-Forum hat das Landgericht Rostock drei frühere Betreiber zu Bewährungsstrafen zwischen 19 und 22 Monaten Haft verurteilt. Der Verurteilung am Donnerstag wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung waren eine Verständigung unter den Prozessbeteiligten und umfassende Geständnisse der Angeklagten im Alter von 42 und 69 Jahren vorausgegangen. Der Richter hob hervor, dass die beiden Jüngeren zumindest teilweise der rechtsextremen Szene den Rücken gekehrt hätten und Reue zeigten.

Bis zur Abschaltung 2012 wurden im Thiazi-Forum nach Angaben des Richters rund 30 000 Benutzer verzeichnet. In rund 110 000 Themenbereichen konnten mehr als 1,5 Millionen Beiträge in Texten oder Musikstücken abgerufen werden. Der Richter ging davon aus, dass die tatsächliche Nutzerzahl weit darüberlag, da eine Registrierung nicht notwendig gewesen sei. Die Angeklagten seien im Thiazi-Forum als sogenannte Archivisten tätig gewesen.

Ausführlich schilderte der Richter den Aufbau des Forums. Es sei hierarchisch gegliedert gewesen. »Es galt das Führerprinzip.« Als Kopf der kriminellen Vereinigung war im Oktober 2015 ein Mann aus Barth (Landkreis Vorpommern-Rügen) vom Landgericht Rostock zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. dpa/nd

Spielball der Geheimdienste

Mutmaßlicher Hamburger Helfer der Flugzeugattentäter vom 11. September 2001 ist in YPG-Haft – kümmert sich die Bundesanwaltschaft?

Angeblich hat Mohammed Haydar Zammar die Flugzeugattentäter vom 11. September 2001 rekrutiert. Nun ist er in kurdischer Haft.

Von René Heilig

Mohammed Haydar Zammar, ein mutmaßlicher Unterstützer der Flugzeugattentäter vom 11. September 2001, befindet sich in der Gewalt kurdischer YPG-Kämpfer, die im Norden Syriens operieren. Das hat ein ranghoher Kommandeur am Mittwoch der Nachrichtenagentur AFP mitgeteilt. Ob Zammar ein aktiver dschihadistischer Kämpfer gewesen ist, hat er nicht mitgeteilt und auch zuständige deutsche Stellen konnten die Frage am Donnerstag nicht beantworten.

Mohammed Haydar Zammar, ein Deutsch-Syrer, geboren 1961, der um die Jahrtausendwende in Hamburg lebte, stand auf der Fahndungsliste der US-Dienste. Er soll mit der Hamburger Gruppe, die an den Flugzeugattentaten gegen das New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Washington teilgenommen

haben soll, logistische Hilfe geleistet haben. Gerichtsfeits bewiesen wurde das nie. Dennoch haben deutsche Geheimdienste den USA alle gewünschten Informationen übersandt. Als Zammar nach Marokko reiste, signalisierte man das dem US-Auslandsnachrichtendienst CIA. Der kidnappete Zammar und ließ ihn in einem syrischen Kerker verschwinden.

Nicht nur die US-Geheimdienste waren an den mit Gewalt erpressten Informationen interessiert. Vier deutsche Geheimdienstmitarbeiter vom Bundesnachrichtendienst und dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie zwei Beamte des Bundeskriminalamtes vernahmen Zammar im Gefängnis – obwohl sie deutlich Folterspuren erkennen konnten.

Man habe um die »Probleme in syrischen Gefängnissen« gewusst, sagte der heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2008 vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestags. Zur fraglichen Zeit war der SPD-Mann Kanzleramtschef der rot-grünen Regierung und zuständig für die Aufsicht der deutschen Geheim-

dienste. Er wies in höchst arroganter Form die »Unterstellung« von Parlamentariern zurück, dass deutsche Behörden sich Folterbedingungen zu nutze gemacht haben. Man habe sich »immer in den Grenzen des Rechtsstaates« bewegt.

Steinmeier betonte die potenzielle Gefahr, die von Zammar ausgegangen sei, und attestierte ihm »eine der längsten Karrieren der in Deutschland lebenden glühenden Befürworter des Heiligen Krieges«. Mehrfach sei er in Afghanistan gewesen und habe Verbindungen mit der islamistischen Terrororganisation Al Qaida gehabt.

Steinmeier bestritt gut sechs Jahre nach der Entführung Zammars, etwas von der Rendition-Praxis der US-Dienste, also den außerordentlichen Überstellungen von unter Terrorismusverdacht festgenommener Personen, gewusst zu haben. Steinmeier und der damalige BND-Chef Ernst Uhlrau bekräftigten, erst im Juni 2002 aus einem Artikel in der »Washington Post« von der Gefangenschaft Zammars in Syrien erfahren zu haben. Der Aufenthaltsort sei kurz da-